

Unternehmertag 6. Oktober 2010

**Horst-Werner Maier-Hunke**

Präsident der Landesvereinigung  
der Unternehmensverbände  
Nordrhein-Westfalen

Sperrfrist: Frei für 17 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum diesjährigen Unternehmertag der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen heiße ich Sie herzlich willkommen. Es freut mich sehr, dass Sie unserer Einladung folgen konnten.

Mit ganz besonderer Freude begrüße ich seine Exzellenz, den Erzbischof von München und Freising, Herrn Prof. Dr. Reinhard Marx.

Herr Erzbischof, ich danke Ihnen, dass Sie unseren Wunsch erfüllt haben, heute zu uns zu sprechen.

Mein Willkommensgruß gilt den anwesenden Ministern, Staatssekretärinnen und Staatssekretären der neuen Landesregierung sowie den Mitgliedern des letzten Kabinetts, an der Spitze Ministerpräsident a.D., Dr. Jürgen Rüttgers. Ich begrüße die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, des Bundestags und des Landtags, die Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie die Vertreter der Gerichtsbarkeiten, des Konsularischen Corps, der Behörden und Gewerkschaften, der Bundeswehr, der beiden christlichen Konfessionen und der Jüdischen Kultusgemeinden.

Meine Damen und Herren,

der Unternehmertag dieses Jahres fällt in eine Phase, die wir nur als erfreulich bezeichnen können. Die deutsche Wirtschaft ist wieder die Konjunkturlokomotive Europas. Die neuesten Wachstumsprognosen reichen bis zu 3,5 Prozent. Unter den führenden Industrieländern bedeutet das Platz 1.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich deutschlandweit im September gegenüber August um 157.000 auf 3,03 Millionen verringert. Die Arbeitslosenquote ist um 0,4 auf 7,2 Prozent gesunken.

In Nordrhein-Westfalen waren im September mit 752.540 Personen fast 50.000 (48.222) weniger arbeitslos gemeldet als noch vor Jahresfrist. Die Arbeitslosenquote ist auf 8,4 Prozent zurückgegangen. Sie hatte vor einem Jahr bei noch fast neun Prozent (8,9 %) gelegen.

Das sind gute und durchaus beeindruckende Fakten. Dabei dürfen wir jedoch nicht vergessen, von welchem Absturz sich die deutsche Wirtschaft immer noch erholt.

Für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau zum Beispiel war 2009 das schlechteste Jahr seit langer Zeit. Die Branche hatte einen Produktionsrückgang von fast 25 Prozent zu verkraften, der Umsatz sank nominal um 23,1 Prozent. Diese Zahlen muss man sich bei der Beurteilung der Lage deutlich vor Augen halten.

Darum warne ich eindringlich vor der Euphorie, die vielfach um sich greift. Die Wirtschaftskraft, die unsere Wirtschaft vor der Krise auszeichnete, werden wir selbst bei günstiger Entwicklung frühestens Ende 2011 in einzelnen Branchen erreichen. Dann dürfen aber eine erneute Rezession in den USA oder weiter zunehmende Finanzprobleme in Teilen Europas den Aufschwung nicht plötzlich zunichte machen.

Das bedeutet: Die Krise ist noch nicht überstanden. Das Schlimmste ist vorüber, wir sind aber noch nicht über den Berg.

Die aktuelle wirtschaftliche Erholung wirkt sich auch positiv auf die öffentlichen Finanzen Deutschlands aus. Aller Voraussicht nach muss der Bund in diesem Jahr statt der ursprünglich kalkulierten 80 Milliarden nur 60 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Diese erfreuliche Reduzierung ist allerdings kein Grund für übertriebenen Optimismus. Vor allem ist sie kein Anlass, bei den Konsolidierungsanstrengungen nachzulassen, die Deutschland nachhaltig braucht. Die jüngsten Sparbeschlüsse der Bundesregierung kann ich deshalb nur begrüßen. Sie sind richtig und dürfen auf keinen Fall aufgeweicht werden.

Das Gleiche, meine Damen und Herren, müsste eigentlich auch für Nordrhein-Westfalen gelten. Nicht nur die Wirtschaft des Landes hatte nach der Landtagswahl erwartet, dass die neue Landesregierung alle Anstrengungen unternimmt, um die finanz-, wirtschafts-, sozial- und bildungspolitischen Rahmenbedingungen für ein stabiles und erfolgreiches Industrieland weiter zu verbessern. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wäre dabei von zentraler Bedeutung gewesen.

Die Vereinbarung der Koalitionsparteien, die Nettoneuverschuldung auf 8,9 Milliarden Euro in die Höhe zu treiben, haben die nordrhein-westfälischen Unternehmer mit Skepsis und Besorgnis zur Kenntnis genommen. Die Verschuldung der öffentlichen Hand und die damit verbundene Verlagerung der Zins- und Tilgungslasten auf nachfolgende Generationen war schon durch die Finanz- und Wirtschaftskrise drastisch gestiegen. Nachdem in der vergangenen Legislaturperiode erste Konsolidierungsschritte erfolgten, hätte dieser Kurs konsequent weiter fortgesetzt werden müssen.

Mit dem richtigen Satz „Der Haushalt ist das Buch der Wahrheit“ hatte die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Hannelore Kraft, bei früheren Etat-Debatten (22. August 2007) die Regierung Rüttgers kritisiert. Deshalb enttäuscht und irritiert die jüngste Entwicklung, denn eigentlich müsste eine „nachhaltige Finanzpolitik“, wie sie die Ministerpräsidentin Kraft in ihrer Regierungserklärung für sich reklamiert hat, anders aussehen.

Meine Damen und Herren, während also das Sparen im Moment keine besondere Wertschätzung erfährt, gibt es andererseits eine Tendenz zur Erhöhung der Abgabenbelastung, obwohl die Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung unterstrichen hat, Einnahmen des Landes nicht durch Steuererhöhungen verbreitern zu wollen.

Die Pläne der neuen Landesregierung, den „Kies-Euro“ einzuführen und das Wasserentnahmeentgeltgesetz nicht auslaufen zu lassen, würden bei einer Umsetzung den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen schwächen.

In vielen anderen Bundesländern (z.B. Bayern, Hessen) gibt es kein dem Wasserentnahmeentgeltgesetz entsprechendes Instrument. Es macht auch umweltpolitisch keinen Sinn, weil Nordrhein-Westfalen unter keinem Wassermangel leidet, dem damit entgegen gewirkt werden könnte. Wirtschaft und Verbraucher müssen weiterhin mit einer jährlichen Belastung von etwa 80 Millionen Euro rechnen.

Die Einführung des „Kies-Euro“ würde nicht nur die rohstofffördernden Unternehmen selbst treffen, sondern durch die Weitergabe der Kosten auch die folgenden Wertschöpfungsketten (z.B. Stahlerzeugung, Gießer, Glasindustrie und Bauindustrie). Die Abgabe auf jede geförderte Tonne Kies oder Sand kann jährlich bis zu 60 Millionen Euro Mehrkosten auslösen. Das Bauen würde teurer, und zwar vom industriellen Großbauwerk bis zum Einfamilienheim.

Zusätzlich soll eine sogenannte „Bettensteuer“ auf jede Hotelübernachtung aufgeschlagen werden. Diese Bettensteuer – oder ganz amtlich Kulturförderabgabe, wie sie in Köln genannt wird – ist eine kommunale Aufwandssteuer, über deren Einführung jede Kommune in NRW selbst entscheiden kann.

Vorab müssen aber Innen- und Finanzministerium ihre Zustimmung erklären. Das ist in Köln erfolgt. Nach diesem Musterfall werden weitere Kommunen folgen. Bei einer flächendeckenden Abgabe könnte ein dreistelliger Millionenbetrag eingenommen werden.

Trotz einer Genehmigung zweier Ministerien bleibt bisher unklar, ob die Bettensteuer verfassungsgemäß ist oder ob sie rechtswidrig in Wettbewerb mit der Umsatzsteuer tritt.

Wasserentnahmeentgelt, „Kies-Euro“ und Bettensteuer sind kein gutes Signal für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

Das Land muss sich auf seine Stärken besinnen. Dazu gehören vor allem die Industrie- und Produktionsorientierung der Wirtschaft sowie die industrie- und produktionsnahen Dienstleistungen, die einen großen Teil aller Dienstleistungen ausmachen. Das Leitbild der zukünftigen Wirtschaftsgesellschaft ist nicht die „Dienstleistungsgesellschaft“, sondern die wissenschaftsbasierte Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft.

Für die Berufswahlorientierung in den Schulen ist diese Klarstellung notwendig. Sie vermittelt Schülerinnen und Schülern ein vollständiges Bild ihrer beruflichen Chancen.

In Nordrhein-Westfalen muss die industrielle und produktionstechnologische Kompetenz ausgebaut werden. Das geht einher mit einer steigenden Nachfrage nach qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Deshalb braucht der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen exzellente und wettbewerbsfähige Hochschulen in der Vielfalt ihrer Profile an Universitäten und Fachhochschulen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 27. Juli 2010 bestätigt die uneingeschränkte Freiheit von Forschung und Lehre auch an Fachhochschulen. Ich begrüße dieses Urteil – auch als Vorsitzender des Hochschulrates an der Fachhochschule Südwestfalen. Denn es ermöglicht den Fachhochschulen faire Bedingungen im nationalen und internationalen

Wettbewerb der Hochschularten. Dieser Wettbewerb nivelliert nicht. Er fördert die individuelle Profilbildung. Jede Hochschule kann sich auf ihre Stärken besinnen. Darauf kommt es an.

Die hochschulrechtlichen Voraussetzungen für leistungsfähige Hochschulen in Nordrhein-Westfalen sind vorhanden. Deshalb warnen wir davor, durch eine Novelle des Landeshochschulgesetzes das Rad der Geschichte zurück zu drehen. Das gilt vor allem für die Zusammensetzung und Aufgaben der Hochschulräte.

Genauso wichtig ist, dass die neue Landesregierung die beschäftigungspolitischen Erfolge der letzten Jahre nicht verspielt. Wer einen generellen gesetzlichen Mindestlohn einführen und zugleich befristete Beschäftigung und Zeitarbeit erschweren will, ist arbeitsmarktpolitisch naiv. Gefährdet werden vor allem die Beschäftigungschancen von geringer Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen. So ist die Zeitarbeit für viele Arbeitslose die einzige Chance auf einen Einstieg in Beschäftigung. Zugleich ist sie ein wichtiges Instrument für die Unternehmen, flexibel auf wirtschaftliche Höhen und Tiefen reagieren zu können.

Gefährdet wird auch die Tarifautonomie: Die Lohnfestsetzung ist und bleibt Aufgabe der Tarifparteien. Und wer auch noch behauptet, dass Jobs, für die weniger als 8,50 Euro je Stunde gezahlt werden, aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht gewollt seien, ist an Zynismus kaum zu überbieten.

Die von der neuen Landesregierung angestrebte „Ausbildungsgarantie“ ist rückwärts gewandt. Der Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen hat in der Vergangenheit erfolgreich gearbeitet. Daran sollten alle Beteiligten zielorientiert und im Interesse der jungen Menschen weiter mitwirken.

Eine „Ausbildungsgarantie“ lenkt davon ab, dass zuerst das Land gefordert ist, die Ausbildungsreife der Schulabgänger sicherzustellen. Forderungen nach einer angemessenen finanziellen Beteiligung der Wirtschaft lassen das große Engagement der Unternehmen in der betrieblichen Ausbildung völlig außer Acht. Schon jetzt setzen sich zahlreiche Unternehmen über die normale Ausbildungsleistung hinaus dafür ein, dass auch nicht ausbildungsfähige Jugendliche im Berufsleben Fuß fassen können.

Kurz zusammengefasst, meine Damen und Herren, erwarten die nordrhein-westfälischen Unternehmer von der neuen Landesregierung verlässliche Rahmenbedingungen und weniger Bürokratie für zusätzliche und sichere Arbeitsplätze in Produktion, Dienstleistung, Handel und Handwerk statt zusätzlicher Belastungen.

Wir fordern eine solide Finanzpolitik und ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Nachhaltige Industriepolitik bedeutet insbesondere eine wettbewerbsfähige Energieversorgung und Planungssicherheit für industrielle Großprojekte. Wir brauchen ein differenziertes und effektives Bildungssystem, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und die Integration ausländischer Mitbürger zu fördern.

Meine Damen und Herren,  
die massive Wirtschaftskrise der zurückliegenden Monate ist eindeutig von der Finanzwelt ausgegangen. Ebenso richtig ist auch, dass die finanziellen Turbulenzen zu einer massiven

Krise unserer Industrie geführt haben. Nordrhein-Westfalen als ausgeprägtes Industrieland war in ganz besonderer Weise betroffen. Um es einmal pathetisch auszudrücken: hinter manchem unserer Mitgliedsunternehmen liegt ein Überlebenskampf, der nach herkömmlichen Maßstäben eigentlich nicht gewonnen werden konnte.

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal in Erinnerung rufen: Wir haben Betriebe gesehen, die über Monate hinweg Umsatzeinbrüche von 30 Prozent, 40 Prozent oder mehr haben verkraften müssen. Es grenzt schon an ein Wunder, dass die große Mehrheit dieser Betriebe noch immer zu den Marktteilnehmern zählt. Dabei nimmt das Ausland erstaunt zur Kenntnis, dass diese Unternehmen die Aufholjagd nach der Krise sofort mit den alten qualifizierten Belegschaften aufnehmen können.

Für dieses Phänomen, manche nennen es „the german Jobwunder“, gibt es allerdings einigermaßen rationale Erklärungen. Als uns die Krise in der zweiten Jahreshälfte 2008 erreichte, war die deutsche Wirtschaft gut bis sehr gut ausgelastet. Die früher typischerweise schlechte Eigenkapitalausstattung des deutschen Mittelstandes hatte sich bereits deutlich verbessert. Die Arbeitszeitflexibilität war bis 2008 ausgereizt, das heißt, die Arbeitszeitkonten waren randvoll.

Weiterhin hatten viele Unternehmen auf die außergewöhnlich gute Auftragslage mit dem Aufbau von befristeter Beschäftigung und Zeitarbeit reagiert. Diese so geschaffenen Puffer haben die ersten schweren Schläge der Krise abgefedert. Panik-Massenentlassungen, wie wir sie aus vergangenen Zeiten kannten, fanden nicht statt. Es kam auch später nicht zu dieser Eskalationsstufe, denn die Politik hatte richtigerweise beschlossen, Kurzarbeit wesentlich attraktiver zu gestalten, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Meine Damen und Herren, die Kurzarbeit ist für Betriebe mit dauerhaften Strukturproblemen ein „süßes Gift“, an dem sie auch zu Grunde gehen können. Für die Masse unserer im Wettbewerb brillant aufgestellten Unternehmen, die eine Zeit bis zum Wideranspringen des Geschäftes überbrücken müssen, war die Kurzarbeit hingegen ein Segen. Das mag manch ein Vertreter der reinen marktwirtschaftlichen Lehre nicht gerne hören, ich sehe das allerdings sehr pragmatisch.

Hätten wir hunderttausende Mitarbeiter in die Arbeitslosigkeit entlassen, dann wären die Kosten für die Arbeitslosenversicherung mindestens ebenso hoch gewesen, wahrscheinlich deutlich höher als die der Kurzarbeit. Und schließlich war es die Kurzarbeit, die es uns ermöglicht hat, sofort die Segel zu setzen, als der Wind der Konjunktur wieder wehte, weil alle Mann an Deck waren.

Als mittelständischer Unternehmer will ich aber auch noch einen Gedanken anfügen, den ich nicht nur als Referenz an unseren heutigen Gastredner verstanden wissen will. Wenn ich als Mittelständler betriebswirtschaftlich realistische Chancen habe, Arbeitslosigkeit meiner Mitarbeiter zu verhindern, dann habe ich auch die verdammte Pflicht und Verantwortung, diese Chance zu nutzen. Meine Damen und Herren, die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, gleichermaßen, ob Eigentümer oder Manager geführt, haben sich in dieser Krise nicht nur nach meiner Wahrnehmung in diesem Sinne ehrenhaft verhalten. Ich bedanke mich bei Ihnen hierfür ausdrücklich.

Aber, meine Damen und Herren, diese Vorgehensweise hätten wir nicht noch ein weiteres Jahr durchhalten können. Das Eigenkapital der Unternehmen wurde durch die immer noch vorhandenen Kosten der Kurzarbeit - die sogenannten Remanenzkosten - immer schneller aufgezehrt. In dieser Situation sind Ende 2009 die Tarifpartner der von der Krise besonders hart getroffenen Metall- und Elektroindustrie ins Spiel gekommen.

Ein wenig stolz bin ich auch darauf, dass es in der Folge bis Februar 2010 gerade in Nordrhein-Westfalen gelungen ist, einen Tarifabschluss zu vereinbaren, der einen Ausgleich zwischen dem dringend notwendigen weiteren Krisen- und Kostenmanagement, dem Erhalt der Arbeitsplätze und den Entgelterwartungen der Beschäftigten gefunden hat. Ich werde jetzt nicht die Funktionsmechanismen des hier in Düsseldorf erfundenen Tarifvertrages „Zukunft in Arbeit“ vor Ihnen ausbreiten. Nur so viel: Dieser Tarifvertrag wurde mit einer Ausnahme bundesweit in allen anderen Tarifgebieten der Metall- und Elektroindustrie ohne jede Änderungen übernommen, weil er die Remanenzkosten der Kurzarbeit für die Unternehmen auf einen geringen Rest eliminiert und dabei die Mitarbeiter so wenig wie nur eben möglich belastet.

Entscheidend aber, meine Damen und Herren, dürfte in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage sein, dass allen Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie Deutschlands 2010 eine Atempause bei den Personalkosten eingeräumt wurde. Wenn ich heute den Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen und die Beschäftigung in der Branche sehe, dann ist diese Rechnung für Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen aufgegangen.

Es war kein Zufall, dass die Formel für diese Rechnungen in Nordrhein-Westfalen gefunden wurde. Wir haben hier in vielen Jahren eine Kultur des Umgangs unter den Tarifparteien entwickelt, in der man einander zuhört und die Argumente der Gegenseite abwägt. Es wird nicht gleich jeder Vorschlag aus dem anderen Lager voller Misstrauen und ideologisch bedingt ohne Prüfung verworfen.

Meine Damen und Herren, das hat sich in der Krise bewährt. Wir werden diesen Stil auch in guten Zeiten beibehalten. Ich formuliere das bewusst als Appell an alle Beteiligten. Wir werden den normalen Gegensatz zwischen Arbeitnehmer- und Unternehmerinteressen nicht aufheben können. Aber wir können in Nordrhein-Westfalen beweisen, dass wir in vielerlei Hinsicht Interessenüberschneidungen haben, die eine Zusammenarbeit gerade zu herausfordern.

Meine Damen und Herren, ich werde mich hüten, in die Debatte um die Thesen von Herrn Sarazzin einzusteigen. Ich erlaube mir aber in diesem Zusammenhang die simple Feststellung, dass wir in relevanten Größenordnungen ein Integrationsproblem bei bestimmten Migrantengruppen haben.

Davon sind Unternehmer genauso betroffen wie die Politik: Beide haben nicht alles Notwendige getan. Auch hier appelliere ich an alle Beteiligten, sich diesem Thema noch stärker zuzuwenden. Nach den Schulen sind unsere Betriebe die wichtigsten Integrationsorte. Dabei rechne ich auf eine pragmatische Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Meine Damen und Herren,  
die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise beschäftigen uns - ich habe das eingangs ausgeführt – nach wie vor. Das gilt nicht nur für unsere produzierenden Unternehmen. In der Diskussion sind immer noch und vor allem Banken, die handelnde Politik, der Staat. Er übernimmt die Verantwortung für einen sozialen Ausgleich, für günstige Rahmenbedingungen für Wachstum und Wohlstand, für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine nachhaltige Finanzpolitik, die die nachfolgenden Generationen nicht durch zu hohe Schulden belastet.

Hat der Staat hier versagt?

Haben wir eine Krise des Systems oder eine Krise im System?

Ist die Soziale Marktwirtschaft am Ende oder ist sie sogar eine globale Perspektive?

Bei der Beantwortung solcher Fragen spielen Moral, Gerechtigkeit und ethische Maßstäbe eine wesentliche Rolle.

Sehr geehrter Herr Erzbischof, das sind hochaktuelle Themen, denen Sie sich aber schon vor langer Zeit – bereits vor diesen Krisenjahren – zugewandt haben. Deshalb freuen wir uns ganz besonders, dass Sie es möglich machen konnten, heute bei uns zu sein.

Wir sind gespannt auf Ihre Antworten, auf Ihre Sicht der Dinge.